



Herrn StR Stefan Jagel
Frau StRin Brigitte Wolf
Herrn StR Thomas Lechner

DIE LINKE./Die PARTEI

Rathaus

Datum: 04.08.2025

**Solidarität mit der Zivilbevölkerung in Israel und Palästina II:
Sofortige Rückkehr zur Waffenruhe in Gaza und ein Ende
der Eskalation im Westjordanland**

Antrag Nr. 20-26 / A 05532
von Frau StRin Brigitte Wolf, Herrn StR Thomas Lechner
vom 27.03.2025, eingegangen am 27.03.2025

**Dringender Appell an unsere Partner in Israel, sich für einen sofortigen Waffenstillstand und
die Aufnahme umfassender Hilfslieferungen für die palästinensische Zivilbevölkerung sowie
den Stopp der Vertreibung von über 2 Millionen Menschen einzusetzen**

Antrag Nr. 20-26 / A 05659
von Herrn StR Stefan Jagel, Herrn StR Thomas Lechner, Frau StRin Brigitte Wolf
vom 27.05.2025, eingegangen am 27.05.2025

Sehr geehrter Herr Stadtrat Jagel,
Sehr geehrte Frau Stadträtin Wolf,
sehr geehrter Herr Stadtrat Lechner,

Sie haben am 27.03.2025 Folgendes beantragt:

„Der Oberbürgermeister Dieter Reiter möge sich umgehend, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, in Unterstützung der israelischen Zivilgesellschaft und unter Einbezug kommunaler deutsch-israelischer Partnerstädte, für eine sofortige Rückkehr zum Waffenstillstand in Gaza und dem Ende der Gewalt im Westjordanland einsetzen.“

Ebenso haben Sie am 28.05.2025 Folgendes beantragt:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen direkten Aufruf an die israelische Regierung zu richten, die massiven Völkerrechtsverletzungen sofort einzustellen und wieder auf einen Weg zurückzukehren, der das Existenzrecht der Palästinenser*innen absichern kann. Entweder als indirekter Appell über unsere Städtepartnerschaften in Beer Sheva oder direkt in Zusammenarbeit mit den Bürgermeister*innen anderen Großstädte Deutschlands.“

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, erlaube ich mir, Ihre beiden Anträge in einem Brief zu beantworten.

Am 7. Oktober 2023 hat die Hamas Israel mit tausenden Raketen angegriffen. Etwa 1200 Menschen wurden getötet und mehr als 200 Geiseln verschleppt. Die sich daran anschließende und seitdem andauernde kriegsähnliche Auseinandersetzung hat zu unermesslichem Leid der Bevölkerung auf beiden Seiten und einer gewaltigen Zahl an zivilen Opfern, insbesondere im Gazastreifen, geführt. Jetzt ist es von größter Bedeutung, schnell zu dem zuvor ausgehandelten Waffenstillstand zurückzukehren und einen dauerhaften Frieden zu schaffen.

Diese Aufgabe liegt außerhalb der in Art. 28 Abs. 2 GG i. V. m. Art. 11 Abs. 2 BV festgeschriebenen kommunalen Kompetenzen; vielmehr obliegt die Verantwortung für die Außenpolitik der deutschen Bundesregierung.

Von den vorstehenden Ausführungen bitte ich daher Kenntnis zu nehmen und gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dieter Reiter